

tisch beeinflusster Religionspolitik widerspiegeln, handelt es sich doch um sehr gegensätzliche Momente. In dem 78jährigen Bischof Tomašek, der in der Novotny-Ära mehrere Jahre in Gefängnissen zubringen mußte, ehrte der Papst den kirchlichen Oberhirten, der persönlich und dessen Kirche von allen osteuropäischen Ländern – jedenfalls außerhalb der Sowjetunion – am meisten unter kommunistischem Druck zu leiden hat. (Die Ernennung ist ungewöhnlich; es ist nicht üblich, daß „verwaltende“, also nicht residierende Bischöfe Kardinal werden; Tomašek ist aber nicht Erzbischof, sondern „nur“ *Apostolischer Administrator* der Prager Diözese. Der Ernennung zum *Erzbischof* hat die Regierung nie zugestimmt.

In Kadar erhielt derjenige KP-Chef die Ehre einer päpstlichen Audienz, dessen Partei wirtschaftlich, politisch und ideologisch als die liberalste im Ostblock gilt, der selbst aber zugleich den Makel an sich trägt, nur mit Hilfe der sowjetischen Panzer nach der Oktober-Revolution von 1956 an die Macht gekommen zu sein. (Auch diese Audienz war ungewöhnlich: Kadar ist der erste KP-Chef ohne formelles Staatsamt, der vom Papst empfangen wurde.) Der Termin war von Budapest und von Moskau sicher nicht ohne Seitenblick auf die KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad gewählt worden. Auch bei der Ernennung Tomašeks liegt ein solcher Zusammenhang auf der Hand. Von römischer Seite wollte man damit jedenfalls ein *Zeichen* setzen. Ob dieses Zeichen beiträgt, die Verhandlungen mit der ČSSR wieder anzustoßen – Tomašek hat selbst diese Hoffnung ausgesprochen –, wird man abwarten müssen. Daß man jetzt etwas mehr über die wirkliche Lage der Kirche zur Zeit der Belgrader Konferenz spricht (vgl. HK, ds. Heft, S. 363 ff.), wäre zu wünschen.

Kadars Besuch wurde mit einem auffallend freundlichen Rahmen umgeben. Der Papst bezeichnete in seiner Ansprache an Kadar und seine Begleitung dessen Besuch als „Ereignis von einzigartiger Tragweite und großer Wichtigkeit“ nach 14jährigem langwierigem Bemühen um Annäherung zwischen Ungarn und dem Apostoli-

schen Stuhl und deutete diesen als „Ankündigung und Versprechen weiterer Fortschritte“. Kadar gab sich – auch vor der römischen Presse – ebenso verbindlich. Wieder einmal entstand der Eindruck, in Ungarn herrsche zwischen Kirche und Staat eine immer größere Harmonie. In der italienischen Presse war gar von bevorstehenden Konkordatsverhandlungen die Rede.

Interessant ist, was in diesem Zusammenhang der über Ungarn bestens informierte UKI-Pressedienst (Wien, Juni 1977) schreibt: Man könne mit Sicherheit annehmen, daß der Besuch mit Moskau abgesprochen wurde. Es sei offenbar so, daß man der ungarischen KP im Verhältnis zur katholischen Kirche eine *Pilotfunktion* zuspreche. Als Schaufenster zum Westen sollte Ungarn mit seiner wenigstens optisch relativ liberalen Kirchen- bzw. Hierarchiepolitik im Westen Sympathien wecken, vielleicht auch die Eurokommunisten in der Auseinandersetzung um die Menschenrechtsverletzungen im Osten entlasten. Kadar ist ja auch der einzige östliche Parteichef, der Entwicklungen in der KPI und in der KPF relativ positiv zu begegnen sucht und auch die Bürgerrechtsbewegungen im Osten mit einiger Gelassenheit hinnimmt. Daß den Sowjets eine solche Good-Will-Politik zum jetzigen Zeitpunkt entgegenkommt, versteht sich. Noch interessanter ist ein Hinweis, den Kardinal König in einem Fernsehinterview für den Westdeutschen Rundfunk gegeben hat: Er habe den Eindruck, „daß die kirchlichen Dinge für die osteuropäischen Staaten im wesentlichen in Moskau entschieden werden“; er habe

aber auch begründete Informationen, daß im Obersten Sowjet heftig darüber diskutiert werde, „ob es klug ist, daß der Staat sich die Religion zum Gegner macht und den Kampf gegen die Religion weiterführt“.

Auch der zitierte UKI-Bericht spricht von möglichen *neuen Perspektiven in der sowjetischen Religionspolitik*, stellt aber zu Ungarn fest, dort betreffe die Verbesserung der Kirche-Staat-Beziehungen in erster Linie nur das Verhältnis zwischen Staatsfunktionären und Bischofskonferenz; sonst aber seien wenig Probleme gelöst, und die Hierarchie selbst werde durch staatliche Überwachung behindert. Man weiß, daß die Verhältnisse in Ungarn nur scheinbar *gut* sind, weil der neojosephinistische Staatsapparat die Bischöfe von den Gläubigen zu entfernen droht (vgl. unsere Berichte HK, März 1977, S. 120 und Juni 1977, S. 285).

Keinerlei Schonung erfährt die Kirche in der ČSSR. Dennoch ist die Kirche dort nicht ohne Hoffnung, obwohl es eine Gesamthierarchie kaum noch gibt, und der akute Klerikermangel durch staatliche Berufsverbote für viele Geistliche noch immer akuter wird. Würde der unbarmherzige Druck von diesem schwächsten Glied genommen, dann könnte die sowjetische Religionspolitik zeigen, daß ihr guter Wille mehr ist als Propaganda. Und dem Vatikan dürfte dann weniger die Frage vorgeworfen werden, ob er denn den Gläubigen mehr durch Bischöfe helfe, die in allem vom Staat kontrolliert werden, oder durch Kirchen, denen zwar die Hierarchie größtenteils fehlt, in denen die Gläubigen aber wissen, wem sie vertrauen können (vgl. ds. Heft, S. 363). E. U.

Bilanz der US-Bischöfe zum Bicentennial

Genau 125 Jahre nach der ersten Vollversammlung der amerikanischen Bischöfe, bei der sich damals 32 Bischöfe mit dem akuten Thema der Sklaverei befaßten, trafen sich vom 3. bis 5. Mai rund 250 Oberhirten im Palmer House in Chicago, um sich in erster Linie mit dem Ergebnis der Konferenz „A Call

to Action“ zu befassen, bei der rund 1300 Delegierte aus allen amerikanischen Diözesen Ende Oktober vorigen Jahres in Detroit im Rahmen des kirchlichen Beitrages zur 200-Jahrfeier der USA ein Schwerpunktprogramm für die kommenden fünf Jahre erarbeitet und empfohlen hatten (vgl.

HK, Dezember 1976, 595 ff.). Außer dem verabschiedeten die Bischöfe eine Erklärung zu den Menschenrechten in Osteuropa und zu den amerikanischen Indianern. In der Öffentlichkeit jedoch erzielten eine Beschlußfassung zu wiederverheirateten Geschiedenen und die Einführung der Handkommunion eindeutig das größte Echo.

Die äußeren Umstände der zweimal jährlich stattfindenden Vollversammlungen haben sich mittlerweile sehr verändert. Immer stärker haben sich die amerikanischen Bischöfe in den letzten Jahren dazu bereit erklärt, einen Teil ihrer Sitzungen einem größeren Publikum zu öffnen. Waren es zunächst nur einige Beobachter und dann eine Reihe ausgewählter Journalisten, die Zutritt zu bestimmten Sitzungen erhielten, so haben sie inzwischen diesen Kreis und die Anzahl der öffentlichen Treffen erhöht. Diesmal konnten neben einer Vielzahl von Journalisten 26 Beobachter aus den Orden, Priesterräten und Laienorganisationen teilnehmen. Ganz neu und mit einer Menge Vorschußlorbeeren versehen war das tägliche Kabelfernsehprogramm aus Chicago, das neben Kommentaren, Interviews und Hintergrundberichten über die Vollversammlung auch Life-Übertragungen einschloß. Nachträglich sprachen die Verantwortlichen nicht nur von einem großartigen Erfolg, sondern auch von „einem wahren Geschenk Gottes“ (Bischof *Louis Gelineau* von Providence) und von völlig neuen Perspektiven, ja einem „dramatischen Mittel, mit dem die Kirche sofort und direkt zu Millionen Menschen sprechen kann“ (Erzbischof *Joseph Bernardin* von Cincinnati). Es waren ca. 1,5 Millionen Haushalte in 36 Bundesstaaten und 60 Diözesen angeschlossen. Die Bedeutung des Unternehmens kann man nur auf dem amerikanischen Hintergrund ermessen, denn durch Kabelfernsehen dieser Art läßt sich das Monopol der drei großen kommerziellen Fernsehgesellschaften unterlaufen, nur so läßt sich mit verhältnismäßig geringen Kosten ein großer Effekt erzielen. Die amerikanische Jesuitenzeitschrift „America“ (21. 5. 77) meinte in ihrer abschließenden Beurteilung der Voll-

versammlung, die Bischöfe hätten erkannt, daß ihre eigene Glaubwürdigkeit mit der Öffentlichkeit der Diskussion verbunden sei. Dennoch spielten sich viele Diskussionen hinter verschlossenen Türen ab, so daß die Berichterstattung über die oft stundenlangen Auseinandersetzungen zu den vorliegenden Dokumenten oder Empfehlungen sehr lückenhaft bleiben mußte.

Der Widerhall des „Call to Action“

Anders als bei früheren Sitzungen war diesmal die Erwartungshaltung aller Teilnehmer und Beobachter stark auf ein einziges Thema konzentriert. Gegen Ende der Detroit'er Konferenz „A Call to Action“ (vgl. den Bericht in HK, Dezember 1976, 595 ff.) hatte der Präsident der Bischofskonferenz erklärt, über das weitere Schicksal der 182 von den Delegierten formulierten Empfehlungen, die sämtlich auf ein Fünfjahresprogramm abzielten, werde die Bischofskonferenz im Mai entscheiden. Sie hatte zu diesem Zweck ein eigenes Komitee gebildet, das die Ergebnisse von Detroit sichten und auswerten sowie eine entsprechende Vorlage für die Bischöfe erarbeiten sollte. Außerdem hatte ein aus 60 Mitgliedern bestehender Beratungskreis von Bischofskonferenz und U.S. Catholic Conference (NCCB-USCC), in dem auch Priester und Laien vertreten sind, ebenfalls die Unterlagen geprüft und konkrete Vorschläge für die Verwirklichung der meisten Empfehlungen von Detroit ausgesprochen. Während dieses Gremium die 182 Empfehlungen als „Zeichen der Hoffnung“ wertete, tat sich das eigens von den Bischöfen eingesetzte Komitee offenbar schwer, eine angemessene Antwort und einen von der Mehrheit der Bischöfe als akzeptabel angesehenen Vorschlag für ein entsprechendes Dokument zu erarbeiten. Bis zum Schluß äußerten sich viele Bischöfe sehr skeptisch und kritisch zu der von dem Komitee ausgearbeiteten Erklärung. Die Fassung, die den Bischöfen jetzt als Beschlußdokument vorgelegt wurde, war bereits die siebte. Am schärfsten

äußerte sich der frühere Generalsekretär der U.S. Catholic Conference, Bischof *James Rausch* von Phoenix, der erklärte, der Entwurf vom März biete eine „Neandertal-Sicht“ der Kirche (Time, 16. 5. 77) und auch die jetzt zur Abstimmung vorgelegte Fassung enthalte insgesamt einen „zu negativen Ton“ gegenüber dem „Call to Action“ (NCNS, 9. 5. 77). In seinem Eröffnungsreferat ging der Präsident der Bischofskonferenz, Erzbischof *Bernardin*, darauf ein, daß sich das kirchliche Programm zur 200-Jahr-Feier sehr kontrovers entwickelt habe. So habe die Konferenz „A Call to Action“ allgemein „Polarisation und Spaltung in verschiedenen Teilen der Kirche vergrößert“ (NCNS, 3. 5. 77). Ob die Bischöfe es wollten oder nicht, so fügte er hinzu, dadurch seien sie unter „ungewöhnlichen Druck“ geraten, und zwar von sehr unterschiedlichen Seiten. Darauf müsse man sich einstellen.

Mit diesem Hinweis sprach der Erzbischof die Aktivitäten von Gruppen sehr unterschiedlicher Richtung und Zielsetzung an, die im Anschluß an die Konferenz von Detroit versucht hatten, das ganze Unternehmen zu unterstützen oder zu schwächen. Die Bischöfe wurden mit entsprechenden Petitionen und Resolutionen bestürmt (vgl. NCNS, 31. 1. 77). Die Skala der Meinungen reichte dabei von enthusiastischen Äußerungen wie der, die Resolutionen des „Call to Action“ gehörten auf eine Stufe mit der Unabhängigkeitserklärung und den Konzilsdokumenten, bis hin zu der Behauptung, die Konferenz von Detroit sei einseitig unterwandert und nicht repräsentativ genug gewesen und habe zu Täuschungen und Verfälschungen der kirchlichen Lehre geführt. Von daher waren die Ausgangsbedingungen für die Behandlung des Themas auf der bischöflichen Vollversammlung nicht gerade günstig.

Starke Diskussion, schwache Beschlüsse

So war es aber auch nicht verwunderlich, daß die Bischöfe die meiste Zeit auf die Diskussion dieses Themas ver-

wandten. In insgesamt acht Arbeitskreisen, die den großen Themenbereichen der Konferenz von Detroit entsprachen, setzten sie sich noch einmal Punkt für Punkt mit jeder der dort verabschiedeten Resolutionen auseinander. Nach übereinstimmenden Berichten verschiedener Teilnehmer wurde dabei über die Forderungen nach der *Ordination von Frauen* und nach der *Zulassung verheirateter Männer zum Priestertum* am ausführlichsten diskutiert. Neben totaler Ablehnung dieser Empfehlungen reichte das Spektrum der Meinungen von der Forderung, verheiratete laiierte Priester wieder dort einzusetzen, wo personelle Unterbesetzung den Katholiken anderenfalls jeglichen Empfang der Sakramente unmöglich mache (Bischof *Elden Curtiss* von Helena, Mont.), bis zu dem Vorschlag, Verheiratete aus dem Kreis derer zum Priestertum zuzulassen, die das 50. Lebensjahr erreicht und erwachsene Kinder haben sowie eine „stabile Ehe“ aufweisen können. Erzbischof *Edward A. McCarthy* von Miami verwies auf die Ordination verheirateter, zum Katholizismus konvertierter protestantischer Geistlicher. In Deutschland hätten sich Ortsbischöfe für die Genehmigung aus Rom zu einer solchen Ordination eingesetzt, in den USA dagegen habe man von dieser Möglichkeit noch nicht Gebrauch gemacht. Einige Amerikaner aus diesem Personenkreis seien bereits in Deutschland geweiht worden, sie könnten jedoch nicht in die USA zurückkehren und dort ihr Amt ausüben. Erzbischof *Joseph Tawil* vom melkitischen Ritus forderte die Bischöfe auf, bevor sie die Ordination verheirateter Männer ins Auge faßten, sollten sie erst einmal den östlichen Riten einen verheirateten Klerus zugestehen, wie er traditionell in den Heimatländern dieser Kirchen üblich sei (NCNS, 4. 5. 77).

In der zum Schluß mit 179 Ja-, 7 Nein-Stimmen und einer Enthaltung verabschiedeten bischöflichen Stellungnahme zu Detroit („The Bicentennial Consultation: A Response“, NCNS, 9. 5. 77) finden sich diese sehr unterschiedlichen Diskussionsbeiträge

natürlich nicht mehr. Statt dessen liefern die Bischöfe gleich zu Anfang des Dokumentes die Entschuldigung für eine Vielfalt von gegensätzlichen Meinungen zu den *Detroit* Resolutionen, indem sie darauf verweisen, sie hätten zu „diesem Prozeß strukturierter öffentlicher Diskussion in der Kirche“ zwar eingeladen, doch sei der Prozeß der Konsultation ungenügend gewesen und es habe einige Schlußfolgerungen gegeben, die „problematisch und in einigen Fällen unhaltbar“ seien. Das Bicentennial-Programm müsse im Lichte dessen gesehen werden, was das Zweite Vatikanische Konzil über die Kirche gesagt hat. Der Konsultationsprozeß, der in der Konferenz „A Call to Action“ seinen Höhepunkt fand, sei „hilfreich und bedeutsam“ gewesen, „dennoch kann er nicht der einzige Faktor bei der Festlegung der pastoralen Agenda für die Kirche sein“.

In dem als „vorläufige Teilantwort“ bezeichneten Dokument werden viele Vorschläge wohlwollend bestätigt (z. B. Maßnahmen gegen den Rassismus, verstärktes Engagement für die Familie, pastoraler Dienst an der Jugend und dem Alter, Fragen sozialer Gerechtigkeit in den USA und der Welt), während einige ebenso klar abgelehnt werden. So werden alle Vorstöße bezüglich der Lockerung des Zölibates unter Hinweis auf die von der römischen Bischofssynode 1971 verabschiedete Erklärung und die Empfehlungen zur Frauenordination unter Hinweis auf die jüngste römische Erklärung zurückgewiesen. Klar sagen die Bischöfe im übrigen noch einmal, daß sie „treu zur Lehre der Kirche zur Geburtenkontrolle“ stehen. Die Notwendigkeit zu „einfühlsamem und geduldigem Dienst an Homosexuellen und zur Unterstützung ihrer grundlegenden Menschenrechte“ erkennen die US-Bischöfe zwar an, sie betonen jedoch auch, daß „homosexuelle Aktivität... im Unterschied zu homosexueller Orientierung moralisch unrecht“ sei. Grundsätzlich, so fügen die Bischöfe hinzu, unterstreiche der Konflikt zwischen einigen der Empfehlungen und dem, was die Kirche lehrt, ihre Verantwortung, diese Lehre klarer und wirkungsvoller zum Ausdruck zu

bringen. Als Bischöfe könnten sie sich bezüglich der katholischen Lehre nicht kompromißbereit zeigen.

Sah es zunächst so aus, als bleibe es bei diesem Papier der Bischöfe anstatt der ursprünglich initiierten Aktionsplanung für die kommenden fünf Jahre, so sorgten Erzbischof *Peter L. Gerety* von Newark (N. J.) und 19 weitere als Verfechter der Resolutionen von Detroit geltende Bischöfe in letzter Minute durch einen von ihnen eingebrachten Ergänzungsvorschlag für die notwendige Präzisierung dessen, was nun aus dem ganzen Vorhaben werden soll. In der Zusatzklausel heißt es, die Bischöfe beauftragten den Präsidenten ihrer Konferenz, unverzüglich ein Ad-hoc-Komitee zu ernennen, dessen Vorsitz ein Bischof haben solle und das sich sowohl aus Mitgliedern der Bischofskonferenz als auch des Advisory Council (Priester und Laien) zusammensetzen solle. In Abstimmung mit der Konferenz und den verschiedenen Komitees der U. S. Catholic Conference solle es einen „Fünfjahresplan der Aktion“ entwickeln und dessen Durchführung überprüfen. Daß dieser Vorschlag mit überwältigender Mehrheit in das Dokument aufgenommen wurde, faßten viele Bischöfe und Beobachter als eindeutige Kritik an der Rolle des Vorsitzenden der Konferenz, Erzbischof *Bernardin*, bei der schleppenden und unverbindlichen Behandlung der *Detroit* Empfehlungen auf. Dieser wies auf einer anschließenden Pressekonferenz den Eindruck jedoch als unzutreffend zurück.

Geschiedene, Indianer, Menschenrechte

Überraschend kam eine Erklärung der Bischofskonferenz zu den *wiederverheirateten Geschiedenen*. Allerdings ist die Publizität, die dieses Votum auch in unserer Tagespresse erhielt, im Grunde nicht angebracht gewesen. Denn bei diesem Schritt handelt es sich keineswegs um eine vielleicht als Signal für andere Länder geltende neue Sicht dieses Problemkreises. Ausgehend von den jahrelangen Vorstößen einzelner Gruppen und zuletzt der *Detroit*

Konferenz sowie von den intensiven Bemühungen besonders von Bischof *Cletus O'Donnell* von Madison (Wis.), dem Vorsitzenden des bischöflichen Komitees für das kanonische Recht, haben die US-Bischöfe jetzt – ohne daß dieser Punkt auf der Tagesordnung stand – hinter verschlossenen Türen über die Aufhebung der automatischen Exkommunikation bei Wiederverheiratung von Geschiedenen beraten und diese mit 231 zu 8 Stimmen befürwortet. Damit schafften sie lediglich eine 1884 von den amerikanischen Bischöfen in Baltimore für den Bereich der USA verhängte „Sanktion“ ab und stellen so den betroffenen Personenkreis kirchenrechtlich auf die Stufe aller anderen Länder. Dies ist sicherlich ein bedeutsamer Entschluß, doch waren sich die Bischöfe einig, daß damit erst ein Anfang gesetzt ist für die seelsorgliche Aufgabe unter den rund 5 Millionen amerikanischen Katholiken, die nach einer Scheidung wieder geheiratet haben.

Angesichts dieser echten Problematik wirkte das erbitterte Tauziehen um die *Handkommunion* für viele Beobachter eher peinlich. Seit 1970 taucht diese Frage immer wieder auf, zweimal unterlagen die Antragsteller. Als „unhygienisch“ bezeichneten die einen den derzeitigen Brauch, als „gefährlich“ und dem Mißbrauch der Hostie, z. B. in „satanischen Messen“, Vorschub leistend (Kardinal *John Carberry* von St. Louis) sahen die anderen die Handkommunion. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht, doch mittlerweile hat die briefliche Abstimmung bei 28 abwesenden Bischöfen knapp diese Marke erreicht, so daß in Kürze auch in den USA dieses Thema endlich vom Tisch ist.

Zwei weitere von den Bischöfen verabschiedete Erklärungen betreffen die US-Indianer und die *Menschenrechte in Osteuropa*. Fünf Jahre lang hatte man an der Indianer-Erklärung gearbeitet, dennoch mußte sie sich auch jetzt noch gefallen lassen, als zu „fromm und inkonsequent“ bezeichnet zu werden. Ein Bischof meinte, dieses Papier werde in keiner Weise zu einer Verbesserung der *Lage der India-*

ner beitragen (vgl. dazu auch HK, Dezember 1976, 619 ff.) Der Vorsitzende der verantwortlichen Kommission, Bischof *Joseph McNicholas* von Springfield (Ill.), bestätigte, daß massiv Kritik geübt worden sei, es werde „zu wenig zu spät“ gesagt, doch solle dies jetzt wenigstens ein Anfang sein (NCNS, 4. 5. 77). In dem Dokument wird auf die schmerzvolle Geschichte der Indianer verwiesen, die aus der amerikanischen Geschichte nicht gelöst werden könne. Die Kirche habe zu lange geschwiegen und ihre Mission unter den Indianern oft ohne Berücksichtigung ihrer eigenen Kultur zu erfüllen gesucht. Die „ältesten Amerikaner“ hätten es verdient, geachtet und integriert zu werden bei voller Anerkennung ihres kulturellen Erbes. Die Kirche müsse ihren Dienst unter den Indianern völlig neu überdenken. In der Liturgie, Erziehung und anderen Diensten sollten in Zukunft die Bedürfnisse und Eigenständigkeit stärkere Berücksichtigung finden. Insgesamt müsse die Kirche mit den Indianern in ihrem Kampf für soziale Gerechtigkeit zusammenarbeiten.

Wohl in erster Linie im Hinblick auf die Helsinki-Nachfolgekonferenz äußerten sich die Bischöfe ferner zu den Menschenrechten, besonders zur Lage der Religionen, in den Ländern Osteuropas. Sie beziehen sich dabei auf entsprechende Äußerungen der deutschen

und polnischen Bischöfe. Die unterschiedlichen Formen der Unterdrückung oder Beschränkung werden aufgeführt. Konkret fordern die Bischöfe ein System, das die Einhaltung der Helsinki-Vereinbarung auch auf diesem Gebiet überwacht. Von US-Handelspartnern, Intellektuellen, Künstlern, Technikern und Wissenschaftlern erwarten sie, daß sie bei ihren Kontakten in Osteuropa die Fragen der Menschenrechte und besonders der Religionsfreiheit miteinbeziehen. Schließlich fordern sie dazu auf, die US-Wirtschaftskontakte im Ostblock ebenso streng zu überprüfen und ähnlichen Normen zu unterwerfen, wie dies mit Kontakten zur Dritten Welt bereits geschieht.

Während der Diskussion dieses Dokumentes sahen sich die Bischöfe veranlaßt, den Vorwurf von Bischof *Basil Losten* vom ukrainischen Ritus zurückzuweisen, der erklärt hatte, unter dem Mantel der Ökumene sei die Infiltration des Kommunismus in die amerikanische Kirche fortgeschritten. Es gebe selbst in der Führung der Bischofskonferenz und in anderen wichtigen Gremien Mitglieder, die regelmäßig in kommunistische Länder reisten und „unseren Geist vergifteten“. Mit 252 zu 2 Stimmen bekräftigten die Bischöfe die ökumenische Zusammenarbeit und wiesen die massiven Vorwürfe zurück. N. S.

Ein „dritter Frühling“ für den englischen Katholizismus?

Kurz vor seinem Tod forderte der Primas von England und Erzbischof der Diözese Westminster, Kardinal *John C. Heenan*, dazu auf, Vorschläge hinsichtlich seines Nachfolgers an den Apostolischen Delegaten, Erzbischof *Bruno Heim*, zu senden, der in Großbritannien die Funktionen eines Nuntius innehat, um ihm in seinen Konsultationen behilflich zu sein. Der eigentliche Ernennungsvorgang – die Namensvorschläge werden von der Hierarchie von England und Wales dem Papst vorgelegt – sowie das Ausmaß der dabei von dem Apostolischen De-

legaten getroffenen Erkundungen blieben wie überall geheim.

Das Ende einer Ära

Mangels eines „demokratischeren“ Verfahrens war es immerhin das erste Mal, daß Priestern und Laien ein Mitspracherecht zuerkannt wurde, so ungeordnet dies auch sein mochte. Der große Posteinlauf zeigte jedenfalls, daß eine große Anzahl Katholiken sich dieser Möglichkeit bediente. Dabei war ein weitverbreitetes Gefühl aus-